

Erscheint in Leipzig
Wittmach, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Teutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 1. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Südwest, Südost und Ostpreußen,
Sachsen, Westfalen und auf den 1. Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
Sonn-Beilagen zu 20 Pfennigen 10 Pf.
letz. Beilagen zu 10 Pfennigen 5 Pf.
Beilage 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Verlagsgesellschaft.
Verlag: Soc. Anst. Verlags-
anstalt, 154 Friedrichstr.
Verlagsgesellschaft: B. B. 600 North
3rd Street
J. B. 1129 Charlotte Str.
Boston N. Y.: B. B. 215 Wash-
ington St.
Chicago: A. B. 1129 North La Salle Str.
San Francisco: B. B. 414 O'Farrell Str.
London W.: B. B. 2, New
St. Alderman Square.

Nr. 22.

Freitag, 22. Februar.

1878.

Brutalität bei den sogenannten gebildeten Leuten.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Pöbner, 15. Februar.

Bezüglich des von hier veranlassenen, in der heutigen Nummer dieses Blattes enthaltenen Artikels, überschrieben: „Brutalität bei den sogenannten gebildeten Leuten“, erlaube ich mir Ihnen heute das, was bis jetzt in dieser Sache weiter erfolgt ist, mitzutheilen.

Zuvor will ich jedoch berichten, daß jener „gebildete Pöbel“ nicht, wie in dem Artikel angegeben, aus Wählern des Herrn Dr. Vastler besteht, sondern daß köstlich zum III. Weimarschen Wahlkreis gehört, welcher von Herrn Sievogt im Reichstage vertreten wird.

Auf die von der Wittve Ludwig an den Großherzog von Weimar gerichtete Eingabe erhielt dieselbe unterm 29. Januar a. o. von dem Großherzoglichen Staats-Ministerium den Bescheid, daß die gerichtlichen Erhebungen einen unrichtigen Zusammenhang zwischen dem Tode ihres Ehemannes und den Verletzungen, die diesen am Abend des 27. April v. J. widerfahren, bezüglich von Anderen zugefügt worden seien, nicht herausgestellt haben, und daß, nachdem die Staatsanwaltschaft aus diesem Grunde von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen müssen erklärt hat, es hierbei sein Bewenden haben müsse. Eine ähnliche Antwort wurde auch mir auf meine Eingabe an die Großherzoglich S. Ober-Staatsanwaltschaft am 11. Februar a. e. zu Theil. Die Wittve L. hat hierauf sofort wieder in einer Eingabe das Großherzogliche Staats-Ministerium auf die oberflächliche und unzureichende Art und Weise, in welcher die bisherigen Erhebungen angestellt worden sind, aufmerksam gemacht und erwartet nun das Weitere.

Jene gerichtlichen Erhebungen scheinen nämlich bloß in der Weise veranfaßt worden zu sein, daß man einige jener Felder einmal vor dem Kreisgericht zu Weida vernommen hat, nachdem dieselben zuvor Zeit und Mittel genug hatten, sich über ihre Aussage zu einigen, sodann das Gutachten des Herrn Kreis-Physikus bezügl. der Commission, welche die Leiche seziert hat, hinzugefügt zu haben, und dies scheint man für genügend zu halten.

Bei der Section ist nicht einmal der Arzt Dr. Weiser aus Pöbner, welcher den Verstorbenen 9 Wochen lang in dieser Sache behandelt hat, zugegen gewesen. Als derselbe auf Verlangen zu diesem Zwecke nach Köstlich kam, waren die Herren von der Commission in dem betreffenden Wirthshaus zum Frühstück. Dr. W. hatte aber einen schweren Patienten zu besorgen und konnte sich deshalb nicht lange unnütz aufhalten; man hielt es nicht für nöthig, auf denselben zu warten, denn als derselbe wieder kam, war die Section vorbei. Dr. W. hat sodann, ihm doch die Akten zuzusenden, allein auch dieses ist nicht geschehen. Es wäre doch wohl in erster Linie nothwendig gewesen, diesen Arzt, welcher doch einzig im Stande war, über den Anfang sowie über den weiteren Verlauf der Krankheit entscheidende Auskunft zu geben, zu der Section zuzuziehen, oder ihn doch wenigstens später zu vernehmen. Zu wiederholten Malen, und auch jetzt am 11. d. M. hat Dr. W. der Wittve Ludwig erklärt, daß er sich über den Verlauf der Sache wundere. Er sei jederzeit bereit zu bezweigen, daß die erhaltenen Körperverletzungen (Fußtritt in die Hüften u.) der Grund zu der Krankheit, bezügl. dem Tode Ludwigs gewesen sind. Hauptächlich durch den Fußtritt in die Hüften seien Blutgefäße verletzt worden, diese Verletzungen haben einen Blutverlust verursacht und so sei eine Blutzergiftung resp. Blutvergiftung eingetreten, was den Tod zur Folge hatte.

Ferner wäre es wohl nöthig gewesen, daß man die Ehefrau des Verstorbenen wenigstens einmal in der Sache vernommen hätte, allein auch dieses ist nicht geschehen. Dieselbe ist circa 14 Jahre mit ihrem Mann verheirathet gewesen und bezeugt, daß derselbe während dieser Zeit niemals krank war, täglich gearbeitet hat und so noch den letzten Tag Vormittags in dem Steinbruch und Nachmittags mit ihr zusammen auf dem Felde beschäftigt war, und endlich Abends noch gesund von Hause fort zur Gemeindeversammlung in das betreffende Wirthshaus gegangen ist, von wo er nur als Krüppel zurückgebracht wurde, nachdem jene Beheiligten auf die frebelhafteste Weise ihren Uebermuth an ihm ausgelassen hatten. Und für solche Thatfachen sollte es kein Gesetz mehr geben? — Augenzeugen von diesem Abend haben sich mündlich geäußert, so etwas hätten sie noch nie gesehen. Strohstückenhoch habe derselbe gebrannt.

Außerdem sind der Wittve L. noch verschiedene andere Aussagen der Beheiligten, so auch von Augenzeugen von diesem Abend zu Ohren gekommen, welche die Mißhandlungen ihres Mannes aufs grellste schildern. Sollte die Großherzogliche Staatsanwaltschaft es wirklich nicht für nöthig halten, diese Dinge zu beachten?

Ich habe deshalb auch nach Empfang des Bescheides von der Großherzoglichen Ober-Staatsanwaltschaft zu Eisenach dieselbe gleich noch einmal auf dieses Verfahren aufmerksam gemacht und um eine genauere Revision der Untersuchung nachgesucht und sehe nun dem Weiteren entgegen.

Man sieht hieraus wieder einmal recht deutlich, wie schwer es hält, wenn ein Armer reichen Gegnern gegenüber sein Recht finden will.

Da man bisher noch nicht den Versuch gemacht hat, an den in verschiedenen Blättern über diesen Fall angeführten Thatfachen zu rütteln, und es den Anschein hat, als ob es wirklich darauf abgesehen wäre, diese auf die brutalste Weise zu Grunde gerichtete Familie gänzlich verkommen zu lassen, so erlaube ich die Wittve L. geehrte Redaktionen, welche sich für diesen brutalen Fall von

Menschenrechtsverletzung interessieren, um gütige Protection in ihren geschätzten Blättern, um vielleicht noch durch einen Appell an die Öffentlichkeit eine Aenderung in der Sache herbeizuführen.

Noch ein Urtheil.

Oeffentliche Sitzung des königlichen Landgerichts zu Saarbrücken — Zuchtpolizei-Kammer — vom siebenzehnten September eintausendachtundsechzig.

Gegenwärtig waren die Herren: Schmitt, Landgerichtsrath, den Kammer-Präsidenten vertretend, Kemelé und v. d. Leyen, Landgerichtsrath, Assessor, Massan, Staats-Procurator, und der Landgerichtsrath Klein.

In Sachen des öffentlichen Ministerii gegen

Johann Wyhla, fünfunddreißig Jahre alt, Schlosser, geboren zu Guttentag, Kreis Lebnitz, Regierungsbezirk Oepeln, zuletzt wohnhaft zu St. Johann, persönlich erschienen und beschuldigt: „Durch die unter seiner verantwortlichen Redaktion und in seinem Verlage erschienenen Nummern sechs und sieben der „Freien Volksstimme“ vom zwölften und neunzehnten August currentis erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend daß sie erdichtet oder entstellt waren, öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen.“

Nachdem das öffentliche Ministerium den Gegenstand der Verhandlung vorgetragen hatte;

Nach Anhörung des Beschuldigten in seinen Erklärungen; Nach vernommenem Antrage des öffentlichen Ministerii, dahin gehend: das königliche Zuchtpolizeigericht wolle den Beschuldigten

Johann Wyhla des ihm zur Last gelegten Vergehens für überführt erklären, demnach denselben zu einer Gesamtstrafe von achtzehn Monaten und in die Kosten verurtheilen;

Nach gepflogener Berathung:

Zu Erwägung, daß der Beschuldigte nicht bestrittet, die Nummern sechs und sieben der zu St. Johann erschienenen „Freien Volksstimme“ vom zwölften und neunzehnten August eintausendachtundsechzig als verantwortlicher Redacteur herausgegeben zu haben;

Daß derselbe auch selbst erklärt, den Inhalt des aus dem „Vorwärts“ in die Nummer sechs aufgenommenen Artikels überschrieben „Der Strife der nordamerikanischen Eisenbahnarbeiter“ bei dessen Aufnahme gekannt zu haben;

Daß dieser Artikel an seinem Schlusse folgenden wörtlichen Passus enthält:

„Endlich scheinen uns diese, wie überhaupt die neueren Vorgänge in den vereinigten Staaten lebhaft für eine ausreichende Präsenzstärke des Heeres im Frieden zu plaidiren.

„Wähten die Arbeiter noch nicht, wozu die Soldaten im Frieden da sind? Die „Breslauer Zeitung“ hätte es ihnen gesagt.“

Daß mit Rücksicht auf die auch in den vorliegenden Blättern mit großer Schärfe gekennzeichnete und von dem Beschuldigten im Wesentlichen nicht verleugnete Tendenz der sozialdemokratischen Partei diesem Schluppassus ein anderer Sinn nicht beigelegt werden kann, als daß vor Allem der Zweck der Soldaten im Frieden, womit bei der allgemeinen Fassung unzweifelhaft auch das stehende deutsche Heer bezeichnet ist, in der gewaltsamen Niederhaltung der durch ihre angebliche, in beiden vorliegenden Nummern in agitatorischer Weise wiederholt hervor gehobene harte Behandlung und Lage niedergedrückter Arbeiterbevölkerung besteht;

Daß diese Aufstellung eine wesentlich entstellte Thatsache insofern enthält, als sie den Zweck der stehenden Heere, der lediglich in der Sicherung des Vaterlandes besteht, fälschlich angiebt, indem, wenn allerdings eine Aktion der stehenden Heere zur Bekämpfung innerer Unruhen eintreten kann, nach der ganzen sittlichen Auffassung der Vaterlandsliebe und deren Vertretung durch das aus eignen Söhnen bestehende Heer jener in geschäftiger Weise hervorgehobene Zweck als im Sinne des Staates durchaus ausgeschlossen werden muß, dieses auch dem Beschuldigten nach seiner geistigen, auch bei der heutigen Verhandlung an den Tag gelegten Befähigung und seiner Kenntniß der öffentlichen Angelegenheiten sehr wohl bekannt ist;

Daß diese entstellte Thatsache nach der vorliegenden Ausführung unzweifelhaft geeignet ist, das stehende Heer und somit eine Staatseinrichtung verächtlich zu machen, sonach der Thatbestand des Paragraphen einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetzbuches vorliegt;

Daß dagegen bezüglich der übrigen Artikel der incriminirten Nummern, wegen deren der Beschuldigte auf Grund des Paragraphen einhunderteinunddreißig vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen ist, der Thatbestand dieses Paragraphen nicht vorliegt; Daß bei Bemessung des Strafmaßes die Vorbestrafung des Beschuldigten in Betracht kommt;

Aus diesen Gründen erklärt das königliche Landgericht — Zuchtpolizei-Kammer — den Beschuldigten Johann Wyhla für überführt;

„Durch die unter seiner verantwortlichen Redaktion und in seinem Verlage erschienenen Nummer sechs der „Freien Volksstimme“ vom zwölften August currentis und zwar durch die in dem Artikel „Der Strife der nordamerikanischen Eisenbahnarbeiter“ befindlichen Schlupphäse, also lautend:

„Endlich scheinen uns diese, wie überhaupt die neueren Vorgänge in den vereinigten Staaten lebhaft für eine ausreichende Präsenzstärke des Heeres im Frieden zu plaidiren. Wähten die Arbeiter noch nicht, wozu die Soldaten im Frieden da sind? Die „Breslauer Zeitung“ hätte es ihnen gesagt.“ entstellte Thatsachen, wissend, daß sie entstellt waren, öffentlich verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen.“

Verurtheilt demnach den Beschuldigten, indem es denselben von der weitergehenden Beschuldigung freispricht, zu einer Gefängnißstrafe von vier Monaten und in die Kosten, liquidirt inclusive fünfzehn Mark Erkenntnißstempel auf: neunzehn Mark zehn Pfennig.

Mittels Anwendung des Paragraphen einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetzbuches sowie des Artikels einhundertvierundneunzig der Criminal-Prozess-Ordnung, welche Gesetzesstellen von dem Herrn Präsidenten verlesen wurden und also lauten:

Paragraph einhunderteinunddreißig des Straf-Gesetzbuches: Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Artikel einhundertvierundneunzig der Criminal-Prozess-Ordnung: Jede verurtheilende Entscheidung, welche gegen den Beschuldigten und die civilrechtlich verantwortlichen Personen, oder gegen die Civilpartei erlassen wird, muß diese, selbst der öffentlichen Partei gegenüber, in die Kosten verurtheilen. Die Kosten werden in demselben Urtheile liquidirt.

Also geurtheilt und verkündet zu Saarbrücken wie oben.

gez. Schmitt, Kemelé, von der Leyen, Klein.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Schöne Liberale. Vor kurzem brachte unser Berliner Parteiorgan eine Notiz des Inhalts, daß der Magistrat der Stadt Berlin auf Kosten der Steuerzahler ein Festmahl zu Königs Geburtstag veranstalten werde. Durch diese Notiz hat sich Magistratus beleidigt gefühlt und, statt einfach eine Verächtlichmachung zu schiden, Strafantrag gestellt. Wir müssen der Berliner „Volkszeitung“ die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie dieses Verfahren auf's Entschiedenste verurtheilt und bei dieser Gelegenheit den von uns in voriger Nummer besprochenen Artikel der „Magdeburger Zeitung“ zum Abdruck bringt.

— „Die Briefe sind auf der Post so sicher, wie die Bibel auf dem Altar.“ So, schreibt Genosse Krühl in der „Halberstädter Freien Presse“ vom 17. d., dachte ich auch mit Herrn Generalpostmeister Stephan, bis ich dieser Tage eines Anderen belehrt worden bin. Ich, der Schreiber dieses Blattes, habe in Schlesien eine 80jährige Mutter, die in sehr kümmerlichen Verhältnissen lebt. Dienstag, den 5. d. M., sende ich derselben einen für mich und sie gleich inhaltsreichen Brief, welchen ich persönlich in den hier am Postgebäude befindlichen Einwurf hinabgleiten lasse. Den Tag darauf, also Mittwoch, den 6. d. M., fasse ich, durch Umstände veranlaßt, den Entschluß, selbst nachzureisen und treffe dort wohl die tiefbetrübteste Mutter, aber nicht meinen sie tröstenden und aufrichtenden Brief. Derselbe ist auch nach dreitägigem Darren nicht angekommen, auf dem dortigen Postamt wußte man nichts von dessen Ankunft, hierorts ist eine Nachfrage ebenfalls umsonst geblieben und so ist denn dieser Brief verloren! Wie? Ich weiß es nicht. Meine weite Correspondenz hat mich noch nie etwas vermissen lassen. Und gerade bei diesem Briefe, auf dessen richtige Ankunft ich Werth legte, den ich der Vorgänge halber mit dem vollen Absendernamen (August Krühl, Halberstadt, Burgtruppe 1) beschrieb, gerade dieser Brief ist abhanden gekommen! Hat den Eskamoteur dieses Briefes vielleicht der Absendernamen gereizt? Wie sonst soll ich mir das Verschwinden erklären?

— Es kracht bereits bei den „Staatssozialisten“. Herr Samter hat an die Redaktion des Stöcker'schen Organs folgendes Schreiben gerichtet:

„Geehrter Herr!
Als Sie mich anforderten, dem Staatssozialisten Beiträge zu liefern, ertheilte ich zuzugende Antwort, weil ich es nur willkommen heißen konnte, daß eine Wochenschrift ins Leben gerufen werden sollte, welche sich vorgelegt, die soziale Frage wissenschaftlich frei aber in sittlich religiösem und patriotischem Geiste zu besprechen.“ Eine Bedingung, dem Verein für soziale Reform beizutreten, war nicht gestellt; derselbe hat übrigens seine sittliche Grundlage „ganz allgemein eine religiöse“ genannt, um jedem religiösen Bedürfniß die Theilnahme zu ermöglichen, und noch in Nr. 4 des „Staatssozialist“ ist die politische und konfessionelle Parteilosigkeit des Vereins für Sozialreform betont.

Indessen verfolgt die von diesem Verein ins Leben gerufene „sittlich soziale Arbeiterpartei“ nicht nur eine entschieden exclusive religiöse Richtung, sondern bekundet (Bericht der National-Zeitung vom 10.) eine so entschiedene Intoleranz, daß die behauptete konfessionelle Parteilosigkeit des Centralvereins für Sozialreform direkt aufgehoben wird. Wenn ich auch geneigt war, an einer von diesem Verein gestifteten Zeitschrift mitzuarbeiten, in welcher die soziale Frage unbesangene Diskussion finden sollte, und an welcher namhafte, mir nahe stehende Gelehrte ihre Theilnahme bereits zugesagt hatten, so muß ich es ablehnen, nach den zu Tage getretenen Tendenzen

der christlich sozialen Partei — in welcher ein Parteiführer es als „Feigheit“ erklärt, nicht auszusprechen, „daß die größte Schuld in der gegenwärtigen Nothlage die Börse, die fast ausschließlich im Besitze der Juden sei, trage“, und der unter stürmischen Beifall den Sozialdemokraten unterstellt, „daß sie nur auf die Juden nicht schimpfen, weil Laßalle ein Jude gewesen!“ — an einem Organ einer solchen Partei mitzuwirken. Ich bitte Sie, dieses mein Schreiben zu veröffentlichen.
Königsberg i. Pr., 11. Februar 1878.
Adolph Samter.

Die verlegene und konfuse Begenerklärung der Redaktion können wir schließlich übergehen. Nun — Herr Samter ist nicht der einzige Reingefallene — wie lang werden die Andern es aushalten?

— In der letzten christlich-sozialen Parteiverammlung entbißte sich ein „Frommer“ nicht, den todtten Laßalle einen „Wüstling“ zu nennen. Und dabei wunderte sich diese freche Gesellschaft, wenn die Arbeiter nicht mit besonderer Ehrfurcht von den Pfaffen sprechen, die sich an die Spitze solcher frivolen Vätermäuler stellen. Einen Mann, der in den letzten drei Jahren seines Lebens mehr geistige Arbeit verrichtet hat, als sämtliche Pfaffen Berlins in ihrem langen Leben, einen „Wüstling“ zu nennen, das zeugt von einer Kindstöpseligkeit, die nur von der Rohheit und Böbelhaftigkeit der Gesinnung übertrifft wird.

— Statistisches. Aus einem Vortrage, den der Statistiker Dr. Engel vor etlichen Tagen in Berlin über die Resultate der letzten Gewerbezahlung hielt, entnehmen wir, daß es in Preußen allein 1,667,000 gewerbliche Hauptbetriebe giebt; in dieser Zahl sind einbegriffen 1,623,000 Betriebe, welche 5 Gehülfen und darunter beschäftigten, die also keinesfalls zu den Haupt-, sondern zu den Kleinbetrieben zu zählen wären, während den 1,300,000 „Betrieben“, die ganz ohne Gehülfen bestehen, die Benennung „Gewerbebetriebe“ eigentlich gar nicht zukommt. In Wirklichkeit blieben also, wenn wir jene 1,623,000 Kleinbetriebe von der Zahl 1,667,000 abziehen, nur übrig 44,000 Betriebe, von denen im Sinne einer maßgebenden Produktion, das heißt einer solchen Produktion, die ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkte selbstbetrieben, gebrachten werden kann. Diese 44,000 Betriebe weisen 1875 Dampfmaschinen auf, die 656,000 Pferdekraft repräsentieren, eine Summe, die der in England gleichkommen und die in Frankreich weit überlegen soll. Die Lokomotiven sind hier nicht mitgezählt. 1861 haben in Preußen sämtliche Dampfmaschinen (außer den Lokomotiven) 167,000 Pferdekraft besessen, die Kraft der Dampfmaschinen hat sich also in 15 Jahren beinahe verdreifacht. Um die Arbeit der rationären Dampfmaschinen zu leisten, wären 50,000,000 Arbeiter erforderlich. Die Lokomotiven in Preußen besaßen 1867 575,000, 1876 dagegen 1,936,000 Pferdekraft, zu deren Ertrag, selbst abgesehen von der minderen Schnelligkeit, viermal so viel Pferde erforderlich wären. Dies die Daten, die dem Vortrage des Herrn Engel zu entnehmen waren und aus denen hervorgeht, daß es mit dem „goldenen Boden des Handwerks“, das immer noch auf Erlösung von dem Alp der kapitalistischen Großproduktion hofft, gründlich und für immer zu Ende ist.

— Der bekannte Renegat Küster, der wegen einer drohenden Inhaftierung nach der Schweiz entflohen, dann den Kaiser um Gnade bat, zurückkam und als die kaiserliche „Gnade“ ausblieb, eine Zeitlang in Böhmen sich aufgehalten hat, ist kürzlich entlassen worden und sofort in zwei politisch-soziale Parteien zugleich eingetreten. Er schreibt Artikel für den fortschrittlichen „Gewerksverein“ und fungiert als Agitator bei der sozialen Arbeitergesellschaft; er illustriert somit das Laßalle'sche Wort von der einen reaktionären Klasse auf das Trefflichste. Wir wünschen seinen Gönnern viel Glück zu diesem Pflanzchen.

— Belgien mag mancherlei Mängel haben, aber es hat keine Preßprozesse! Das gedruckte wie gesprochene Wort ist dort frei! So hörte man oft sagen, und im Ganzen war's auch nicht unrichtig. Jetzt scheint's aber anders werden zu wollen. Wie wir aus der letzten Nummer des in Antwerpen erscheinenden

„Werker“ ersehen, ist die Redaktion dieses Blattes wegen eines Artikels wider das Königthum in Anklagestand veretzt worden. Offen gestanden, uns freut dieses Zeugniß der Reife, welches die Regierung Belgiens unseren dortigen Partigenossen ausgestellt hat.

— Zur Lage der Arbeiter in Italien. Der Tod Viktor Emanuel's und der Tod Papst Pius IX. bildeten und bilden noch immer ein Hauptthema der Conversation der kapitalistischen Presse; die „scharfsinnigsten“ Betrachtungen wurden und werden von ihr angeestellt über den Einfluß, welchen das Ableben dieser beiden Persönlichkeiten auf die Gestaltung der staatlichen und kirchlichen Angelegenheiten haben könne. Möge die kapitalistische Presse grübeln und spintisieren, für uns ist Eins klar: die Lage des arbeitenden Volkes von Italien hat durch den Heimgang der beiden genannten Menschen keine Aenderung zum Besseren erfahren, womit aber durchaus nicht gesagt sein soll, daß sie sich nicht wesentlich besser gestalten würde, wenn wir überhaupt nicht mehr genöthigt wären, den Tod von Königen und Päpsten zu registriren. Doch das nur nebenher. Neu ist für uns, daß sich die italienische Regierung mit statistischen Erhebungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiter befaßt, wobei nicht zu verwundern ist, daß sie zu, der Wirklichkeit wenig entsprechenden, Resultaten gelangte. Unser italienisches Parteiblatt „Il Dovere“ (Die Pflicht) in Rom bringt gegenüber den amtlichen statistischen Erhebungen, wonach der tägliche Durchschnittsverdienst für Kinder 50 Centimes (40 Pf.) und für Frauen 1 Franc (80 Pf.) betragen soll, einen Bericht aus Carpiglia, welcher folgende Zahlen enthält:

„In den großen Fabrik-Centren beträgt die tägliche Arbeit der Kinder und Frauen nicht 10 Stunden, sondern 14 Stunden im Winter und 16 bis 17 im Sommer. Die Bezahlung ist 20 Ctm. bei den Kindern von 6—8 Jahren, 30 Ctm. bei Kindern von 9—10 Jahren, 40 Ctm. bei denen von 12—16 und 60 Ctm. für Personen von 16—20 Jahren. Die weiblichen Arbeiter im Alter von 6 Jahren an bis zu den ältesten verdienen im Durchschnitt nicht über 40 Ctm. Die Lastträger, welche in den Fabriken und bei den Web- und Spinnmaschinen beschäftigt sind, verdienen im Sommer 1 Franc für 16 Stunden Arbeit, im Winter müssen sie bei 12stündiger Arbeit sich mit 50 Ctm. (40 Pf.) begnügen. — Die Weber, Färber, Tuchmacher, Spinner und Appreteure verdienen täglich 1,50 Fr. (1,20 M.). Zu dieser traurigen Bezahlung muß noch bemerkt werden, daß dieselbe meistens in Brod und Wein von der schlechtesten Qualität, Zwiebeln, getrockneten und anderen Früchten, aber so wenig wie möglich in Geld verabreicht wird.“

Das sind äußerst traurige Thatsachen, die da aufgedeckt werden, für die die kapitalistische Presse natürlich aber weder Aug' noch Ohr hat.

— Aus Italien wird über sogenannte Brod-„Krawalle“ berichtet, die in verschiedenen Städten vorgekommen sein sollen; die „Krawalle“ sind aber weiter nichts als das berechtigte Verlangen der Arbeiter nach Arbeit oder Brod — ein Verlangen, das, auf diejenigen angewandt, welche die „Brod-Krawalle“ verdammen, also angewandt auf die Satten, so lauten müßte: Wir verlangen „Brod“ ohne Arbeit. Und leider hat diese Sorte von „Arbeitslofen“ bis auf den heutigen Tag „Brod“ in Hülle und Fülle. Es war in Neapel, Finala, Viadana, Mirandola und San Felice, wo die arbeitslosen Arbeiter die Behörden aufforderten, ihnen Arbeit oder Brod zu geben. In Neapel gelang es durch Zureden und Verabreichung einer kleinen Unterstützung, die Arbeiter zum Auseinandergehen zu bewegen. In Viadana, wo es ähnlich herging, requirirte der Gemeinderath eine Schwadron Kavallerie, welche die Hungernden auseinandertrieb. An den übrigen Orten entledigte man sich der Unglücklichen durch Almosen und gute Worte. Das Elend vermehrt sich in ganz Italien, und mit der Zunahme des Elends hält, wie überall, gleichen Schritt die Zunahme der Verbrechen und der Auswanderung. Die Regierung fängt an Furcht zu empfinden und verspricht eine Herabsetzung der Steuern auf die Lebensmittel, namentlich der Mehlsteuer, die im vorigen Jahre 83 Millionen Lire (der Lire gleich 80 Pf.) eingebracht hat, womit sich aber der Köhlerglaube zufrieden geben mag.

Wenn um die Brust zum Freundschaftsband
Sich Sympathien weben
Und eines Edlen warme Hand
Mich faßt zu gleichem Streben —

Wenn mich der Liebe süße Gluth
Durchwogt mit selbem Bangen,
Und ich ein Mädchen, treu und gut,
Herzinnig darf umfangen —

Dann, dann im Ueberflusse der Lust
Fühl' ich mit heiligem Beben
Nicht außen — in der eignen Brust
Die Gottheit waltend schweben.

Dann wird es mir so licht, so klar,
Und ob man lache, höhne —
Trotz aller Priester bleibt es wahr:
Gott ist — der Sinn für's Schöne.

Richard Lannert.

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts“ [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

In dem russischen Reichsbudget finden wir auch nicht denjenigen Titel der Ausgaben, den man in constitutionellen Staaten „Civilliste“ nennt. Wir finden zwar im Budget der Ausgaben einen Posten von 9 Mill. Rubel, die für das Hofministerium bestimmt sind, aber sie dienen nur zur Erhaltung des Hofstaates, der Schlösser, Theater u. s. w. Auch können wir nicht zur „Civilliste“ die im Budget unter der vieldeutigen Bezeichnung: „Ausgaben Seiner kaiserlichen Majestät“ angeführten Summen rechnen. Wenn wir dem Reichsbudget Glauben schenken wollten, so bekommt unser „milder“ Kaiser für seine großen „Mähen“ keinen Pfennig, so daß er, dem Beispiele der großen Wohlthäter der Menschheit folgend, nur aus purer Ehre dem russischen Volke „dient“. Aber das wäre doch zu lächerlich. Es existiren in Rußland zwei spezielle Verwaltungen, welche der Staatskontrolle nicht obliegen und welche zur Unterhaltung des Kaisers und seiner zahlreichen Familie dienen. Das sind — das Departement der Apanagen“ und „Seiner Majestät Cabinet“. Wie groß die Einkünfte dieser zwei Quellen sind, ist schwer zu sagen,

— Ein untrügliches Merkmal für den kulturellen Niedergang der herrschenden Klassen ist die Bestialität, mit welcher dieselben in allen Ländern die emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse bekämpfen. Ja, die blutigen Pariser Massacres von 1870 und die gegenwärtig in Rußland an den Sozialisten begangenen „geheulichen“ Barbareien sind im Grunde genommen nur die übereinstimmenden Erscheinungen der einen Thatsache, nämlich der, daß die „Civilisation“ von heute ihrem Wesen nach sich von der „Civilisation“ der früheren Jahrhunderte in nichts unterscheidet — sie sanktionirt die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere und damit ist ihr Urtheil gesprochen. Unsere Leser werden daher nicht überrascht sein, wenn wir ihnen mittheilen, daß der am 23. Januar in Petersburg beendete Sozialisten-Massenprozeß bis zu seinem Ende seinen grausam-dramatischen Charakter bewahrt hat. An dem genannten Tage wurde endlich von der „besonderen Commission“ des Senats das (in voriger Nummer nach einem, übrigens ungenauen Telegramm schon erwähnte) Urtheil gefällt. Dasselbe lautet dem „Sewerny Bjesnik“ zufolge: 1) Hippolyt Misaklin wird zu 10 Jahren Katorga (Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken), 2) 35 Personen werden zur Verbannung nach Sibirien und anderen Gouvernements des Reiches (darunter Wolchowskoi, Lario-now, Woinoralsky, Rabinowitsch, Tscharuschin, Franz Breschkowskaja, Tschudnowsky, Saksin, Vermonow) verurtheilt. Sämtliche Verurtheilte werden aller Ehren- und Bürgerrechte verlustig erklärt. 3) 63 Angeklagte wird die Untersuchungshaft als Strafe angedreht und werden dieselben demgemäß jetzt freigelassen. 4) 90 Personen werden vollständig freigesprochen. — Und das Alles für das „Verbrechen“, Propaganda für eine neue Idee gemacht zu haben — ein „Verbrechen“, welches so alt ist, als es überhaupt ein Streben nach Besseren und Vollkommenerem giebt, und welches so lange begehrt werden wird, als unser Erdball überhaupt von denkenden Wesen bewohnt ist. — Von unseren russischen Freunden erwarten wir ausführlichen Bericht über die Schlussphasen dieser Justizinfamie. (Nr. 17 des „Vorwärts“.)

— „Väterchen“ an der Arbeit. Laut Mittheilungen, welche dem englischen Parlament seitens des Unterstaatssekretärs Bourke gemacht wurden, haben die Russen eine Anzahl Polen, die in der Türkei gefangen worden, aufhängen lassen. Den amtlichen Bericht jetzt schon zu veröffentlichen, erklärt die britische Regierung für „unthunlich“; sie will offenbar die ohnehin große Aufregung nicht vermehren, so lange noch Aussicht auf Erhaltung des Friedens vorhanden. Die Thatsache steht aber fest und zeigt wieder recht drastisch die bodenlose Verlogenheit und Bestialität der russischen Kulturkämpfer, die im Namen der „Humanität“ und zur „Befreiung der unterdrückten Nationalitäten“ in den Krieg gezogen sind. Was das czarische Rußland unter „Humanität“ und „Befreiung der unterdrückten Nationalitäten“ versteht, das sagen uns die Leichen der aufgehängten Polen.

Correspondenzen.

Sannover, 11. Februar. In Nr. 17 des „Vorwärts“ ist eine Correspondenz aus Hannover enthalten, die sehr der Berichtigung bedarf. In Absatz 2 z. B. muß es statt London, Linden heißen, im 3. Absatz ebenfalls.

Zu berichtigen ist dann noch, daß bei der ersten Epidemie nicht 600, sondern etwas über 400 Personen erkrankt sind, von denen 50 starben, mehrere davon gehörten den besseren (?) Ständen an! Der betr. Fleischer wurde allerdings zu 1 1/2 Jahr Gefängniß verurtheilt, aber ein Theil der Strafe wurde ihm in „Gnaden“ erlassen! Daß derselbe jetzt wieder ein gutes Geschäft macht, ist richtig, aber warum? weil die Arbeiter nach wie vor Waare von demselben entnehmen. Was nun endlich die Waare der hier in der Stadt wohnenden Fleischer anbetrifft, so sind allerdings Trichinienkrankheiten noch nicht nachgewiesen, aber vor ca. 3 Monaten ist erst einer der ersten Fleischer (Bürger-vorsteher) zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt worden, weil er verdorbenes Fleisch verkauft hat! Endlich ist in den letzten Wochen ein gleicher Fall bei einem andern Fleischer vorgekommen und

aber sie müssen sehr groß sein, denn die Apanagen bestehen aus mehr als 7 Mill. Dejjatinen (fast 30 Mill. Morgen) des besten Grund und Bodens. Aus diesen Apanagen erhalten alle Prinzen des kaiserlichen Hauses ihre „Meinen“ Taschengelder, welche, nach dem russischen Gefehbuche, aus 1 Mill., 500, 400 und bis 100,000 Rubel bestehen. Gleich nach der Geburt bekommt ein jedes Mitglied des zahlreichen kaiserlichen Hauses 100,000 Rubel. Außerdem werden aus diesen Apanagen Geschenke, Aussteuer der Prinzessinnen u. s. w. bestritten.*) Nun noch die Einkünfte des „Cabinetts“. Diese Einkünfte sind auch sehr groß, denn dem „Cabinet“ gehören: die große Alexander'sche Porzellanfabrik in Petersburg, die Silberbergwerke im Uralischen Gebirge,**) die Steinschleiferei u. s. w. Nach diesen großen Einkünften berechnet können wir getrost 30 Mill. Rubel auf die „Civilliste“ setzen, und Niemand wird uns einer Uebertreibung beschuldigen. — Aber, wird man uns einwenden, diese Art der Aufstellung der „Civilliste“ sei nicht richtig, da die oben citirten Güter dem Kaiser gehören und sein heiliges Eigenthum sind. Darauf haben wir nur zu bemerken, daß die Apanagen und die dem Cabinet gehörigen Güter einfach dem Volke entziffen wurden, bis zur Zeit Paul's I. dem Staate gehörten. Infolge der absolutistisch-autokratischen Herrschaft in Rußland steht der Kaiser über dem Gesetze, denn nur sein Wille ist in Rußland Gesetz, und so konnte Paul I. diese Reichsgüter sich aneignen, und zwar „zur Befriedigung der Bedürfnisse“ der kaiserlichen Familie. Also die Apanagen u. s. w. gehören gesetzlich dem Staate und nur gesetzwidrig dem Kaiser.

Zum Schluß dieses Kapitels haben wir noch einer Abgabe, und zwar einer der schwersten für das Volk zu erwähnen. Wir meinen die „Blutsteuer“, das Soldatenthum, das dem Volke am meisten verhaßt ist, denn die besten und kräftigsten seiner Söhne werden durch diese „Steuer“ hingeopfert. Wir wagen gar nicht, den ökonomischen und moralischen Schaden, den diese „Steuer“ verursacht, zu berechnen. Aber zur Vervollständigung des Bildes der Volksausbeutung und -Ausraubung wollen wir doch einiges in unsere Liste d'accusation der Czarenregierung eintragen.

*) Der Kaiser Nicolaus, welcher außer allen seinen „guten“ Eigenschaften noch sehr knauserig war, sparte aus diesen Apanagen große Summen für die „Nothlage“. So z. B. in den letzten 40er Jahren, unter dem Einflusse der Furcht vor „dem rothen Gespenst“, deponirte er in den ausländischen Fonds mehr als 100 Mill. Rubel in Gold. Die Ersparnisse, wie man sieht, waren nicht gering. (Wolowsky, Finanzminister in Frankreich, „Revue de deux mondes“, 15. März 1865). Das ist etwas für Schulz-Deißlich.

**) Im Jahre 1871 wurden aus diesem dem „Cabinet“ gehörigen Bergwerke 789 Tsd. (250 Centner) Silber ausgehoben.

Atheisten = Götter.

Was soll uns, Priester, das Geschrei:
„O sünd'ge Atheisten!“
Wir fühlen uns von Freveln frei,
Sind wir auch keine Christen.

Voll heil'ger Jugendfreudigkeit
Schaun wir mit stolzen Blicken
Auf Euch, die Ihr durch unsre Zeit
Hinwankt an Greisenknäcken.

Ihr wollt in kalten Formelnost
Des Herzens Ahnen zwingen,
Wie Thörinnen die volle Brust
Im Schnürleib sich beengen.

Ihr wollt der Gottheit Herrlichkeit
Mit den Begriffen haften,
Als ob das Weltmeer tief und weit
Sich fällen ließ' auf Flüssen.

Und die das wässrige Gericht
Nicht schluden, nennt ihr Schächer?
Dann sag' ich stolz euch in's Gesicht:
„Auch ich bin ein Verbrecher!“

Der Geist, der mir im Busen lebt,
Der spottet aller Vande!
Was ihn empor vom Staub erhebt,
Reimt nicht im dürrn Saade.

Zu warmen Fühlens reichem Land
Begehrt er frei zu schweben.
Er flieht nicht fromm den „ird'schen Land“,
Er greift hinein in's Leben.

In's Leben, das von Grubeln'sduft
Uns fröhlich läßt erwarman,
In's Leben, das zu heißer Luft
Uns faßt mit äppgen Armen.

Wenn mir die Welt entgegen lacht
So weit, so frisch, so sonnig,
Wenn mich die Schauer stiller Nacht
Durchhauchen mild und wonnig —

Wenn sich der Muses holde Schaar
Erhebt zum holden Reigen,
Und alle Stürme wunderbar
Vor ihren Weisen schweigen —

gerichtlich entschieden. Drittens vergeht kaum eine Woche, wo nicht auf dem Wochenmarkte verdorbenes oder ungenießbares Fleisch konfisziert wird.

Essen. Die Leser des „Vorwärts“ wird es jedenfalls interessieren, etwas über den Verlauf der hiesigen Bergarbeiterbewegung zu erfahren. Nachdem sich bereits ca. 3000 Bergleute dieser Bewegung angeschlossen, fand am 2. und 3. d. M. behufs Constatirung des Verbandes eine Generalversammlung statt. Als die Statuten durchberathen waren, wurde als Vorort des Verbandes Essen, zum Sitz der Controlcommission Gelsenkirchener gewählt. Vor der Statutenberatung wurde die Generaldebatte beschlossen und ergriff zunächst der Führer der Christlich-Sozialen, Kaplan Laaf, welcher, wie Hasselmann, eingeladen war, gegen den Verband das Wort. Hierauf replizierte Hasselmann, welchem es ein Leichtes war, die nicht-lagenden Einwendungen des „arbeiterfreundlichen Kaplans“ zu widerlegen. Die politische Ueberwachung geschah durch den Polizeinspector Döhne, dem ein Stenograph beigegeben war. Der Redakteur der „Tremonia“ (ultramontan) in Dortmund, Rittweger, welcher ebenfalls eingeladen war, sprach im Laaf'schen Sinne. Schon von Anfang dieser Bewegung an heulen und jähren die liberalen und ultramontanen Zeitungen vor Angst und Grauen und es scheint fast, als wenn wir in der schärfsten Wahlkampagne wären. Ja schlimmer noch, denn bei letzterer werden nicht einmal solche eselartige Leiden und andere Artikel gebracht. Obwohl die hiesige „Volkszeitung“ fast tagtäglich Artikel gegen uns bringt, will sie jetzt nicht müde werden, die christlich-sozialen Arbeiter von dem Verbanne fernzuhalten, und trachtet diesen selbst zu vernichten. „Ihr leidet am ewigen Seelenheil Schaden!“ faselt sie den christlich-sozialen Arbeitern vor, „wenn Ihr mit den Sozialdemokraten einen Bund macht.“ Wie viel Mal verlieren denn dieselben dies Heil? Bei der letzten Reichstagswahl verloren sie es ja schon, wenn sie für Hasselmann stimmten, bei der engeren Wahl gaben die Sozialdemokraten den Ausschlag, daß der christlich-soziale Kandidat einen Sitz im Reichstage erhielt und die Folge würde sein, daß die christlich-sozialen Wähler alle ihr „Seelenheil“ verlieren, nicht wahr, edle „Volkszeitung“? Hätten die Sozialdemokraten bei der engeren Wahl für den Pfaffenkandidaten v. Forcade de Biaix gestimmt, welcher als unentbehrliches Mitglied des Reichstags bezeichnet wurde, dann hätte diese Heuchlergesellschaft nichts einzuwenden gehabt. Darüber hat die saubere „Volkszeitung“ noch keine Zeile gebracht, daß man die Kirchensteuer von den Sozialdemokraten zurückweisen müsse, aber Geld bringt das „Seelenheil“ nicht in Gefahr. Da die Berichterstatter der Zeitungen von der Generalversammlung ausgeschlossen waren, so ist anzunehmen, daß Rittweger den eine Seite langen und in der „Volkszeitung“ erschienenen Bericht über die Generalversammlung geliefert hat und hat derselbe es meisterhaft verstanden, Laaf und sich Worte in den Mund zu legen, welche sie nicht gesprochen, die gesprochenen aber totzuschweigen; dagegen ist Hasselmanns Respit arg verstümmelt. Echtes Literatenmanier! Augenblicklich planen die Pfaffen einen Bergmannsverband auf christlicher Grundlage. Sonderbare Bergleute! —

Lübeck. Am Donnerstag den 7. Februar hielten wir hier eine zahlreich besuchte Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften ab. Tagesordnung war: Die Centralisation der Gewerkschaften. Referent J. Heier. Redner gab in kurzen Zügen ein Bild der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und ging dann zu den von Kapell gemachten Vorschlägen über; diese Punkt für Punkt erklärend, kam der Redner zu dem Schluß, die Aufgabe der Gewerkschaften sei, diese Punkte anzunehmen. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Maurer und vom Bevollmächtigten der Tabakarbeiter folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und hält es für wünschenswert, daß allerorts, durch in gemeinsamen Versammlungen gefasste Beschlüsse die von Kapell gemachten bekannten Vorschläge angenommen werden.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Zu den Punkten „Centralherbergen“ und „Arbeitsnachweisungs-Bureau“ sind wir der Ansicht, daß deren Erledigung den Genossen überlassen bleiben müsse.

Am Sonnabend den 9. d. fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher A. Hörig aus Hamburg

über den „Rufsch-türkischen Krieg“ und die Stellung des deutschen Volkes zu demselben referirte. Nach dem sehr eingehenden und klar gehaltenen Vortrage Hörig's nahm die Versammlung folgende von dem Redner selber eingebrachte Resolution an:

„Die am 9. Februar 1878 in Belle Alliance zu Lübeck tagende, von circa 800 Personen besuchte Volksversammlung erklärt: daß das durch die herrschende Krisis schon auf das Aeußerste bedrückte Volk durch den Krieg im Orient auf das Schlimmste betroffen wird. Diefelbe mißbilligt daher aufs Entschiedenste die gegenwärtige Stellung der Reichsregierung in der orientalischen Frage, und erwartet von seinen Vertretern, daß dieselben im Reichstage männlich Stellung gegen die diplomatischen Tonangeber in Deutschland nehmen werden.“

Die Resolution wurde nach einer kurzen Debatte, an der sich Genosse Heier theilnahmte, einstimmig angenommen. — Unsere Parteiverfassungen nehmen hier einen guten Aufschwung. In der letzten fand der Artikel von Vissagaran im „Vorwärts“ auf der Tagesordnung, und war es der Wunsch mehrerer Genossen, daß derselbe im „Vorwärts“ eine eingehendere Besprechung finden möge, als es bisher geschehen ist. *) Wie hier in der Stadt, wird auch auf dem Lande eine rege Agitation entfaltet. Im Fürstenthum Lüneburg ist der Ort Neulirchen gewonnen, und zahlreiche Einzelnungen in die Partei haben dort stattgefunden. Gleichfalls haben wir im Städtchen Travemünde und im Flecken Moisling zahlreiche Genossen gefunden, und hoffen wir, daß am Wahltage die Frucht dieser Agitation reifen wird.

Wollensbüttel, 5. Febr. Sonnabend, den 2. Februar, fand hier selbst im Schmidt'schen Lokale eine stark besuchte Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Brade aus Braunschweig referirte. Der erste Punkt der Tagesordnung bezog sich auf die Jurirückberufung der braunschweigischen Truppen aus Elsaß Lothringen, es sollte zu diesem Behuf eine Petition an den Reichstag gehen. Der Anlaß zur Beschwerte besteht darin, daß das 92. Infanterie-Regiment zum größten Theil aus geborenen Braunschweigern besteht und bereits seit 7 Jahren im Elsaß lantonnirt. Brade kam auf die 5-iderseitigen Nachteile, der Soldaten sowohl als deren Angehörige zu sprechen, und es wäre leicht thunlich das genannte Regiment durch ein anderes ablösen zu lassen, wofür Redner die Zustimmung des Reichstags wünscht. Herr Brade wurde mit Uebermittlung der Petition an den Reichstag beauftragt und forberte die Versammlung auf, die Petition recht zahlreich zu unterzeichnen. — Was den zweiten Punkt der Tagesordnung anbetrifft, das deutsche Volk und der orientalische Krieg, so übernahm das Referat ebenfalls Hr. Brade. Zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden entledigte er sich auch dieser Aufgabe, indem er die Eroberungslust Rußlands trefflich schilderte und darlegte, in welche 9-fährliche Lage das übrige Europa kommen kann. Redner empfiehlt dann die Annahme derelben Resolution, welche eine in Braunschweig abgehaltene Volksversammlung fasste. Diese lautete: „Die am 2. Februar Abends 8 Uhr im Schmidt'schen Lokale tagende und von etwa 500 Personen besuchte Versammlung erklärt jede Unterstützung der russischen Politik für eine Schädigung der wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes und für eine Förderung asiatischer Barbarei gegenüber der westeuropäischen Civilisation. Die Versammlung erklärt fern, daß sie es als das entsetzlichste Unglück für Deutschland betrachten würde, wenn dasselbe für russische Interessen in einen Krieg verwickelt würde. Sie betrachtet den russisch-türkischen Krieg als eine Schande für Europa und das 19. Jahrhundert und als einen Beweis für die Unfähigkeit der europäischen Diplomatie, welcher Unfähigkeit gegenüber das Volk die vollkommenste Ursache hat, durch Kundgebung seines Willens dahin zu streben, daß daraus nicht neues und unser Land unmittelbar berührendes Unglück entsteht.“ Die einstimmige Annahme dieser Resolution gab einen neuen Beweis für das feste Unfähiggreifen unserer Ideen.

A. D.
*) Es, was hindert denn die Lübecker Genossen, die „eingehendere Besprechung“ selber zu besorgen? Unsere Aufgabe war es nur, auf die Hauptirrhümer in dem Artikel Vissagaran's aufmerksam zu machen, und das ist geschehen. R. d. „B.“

Der jährliche Werthverlust eines jeden Arbeiters durch diese „Steuer“ ist nicht unter 300 Rubel zu schätzen, aber wir wollen nur 250 Rubel annehmen, obwohl zu Kanonensutter die besten und stärksten Kräfte hingegeben werden. In Friedenszeiten besteht unsere Armee aus 800,000 Mann*) (die Armee in Kriegzeiten lassen wir ganz aus dem Spiele). Also beträgt die Summe der jährlichen Verluste durch die Blutsteuer 200 Mill. Rubel. Selbstverständlich bilden diese 200 Mill. Rubel nur einen geringen Theil aller der Verluste, die das Volk durch den Militarismus erleidet.

Wir haben noch eine große Masse von verschiedenen Staats- und Gesellschaftsabgaben, die das Volk nicht minder drücken, aber wir müssen die Ausführung derselben unterlassen, weil darüber gar keine Quellenangaben existiren. Hierher gehören z. B. die Einquartierungen des Militärs,*) die Lieferung von Pferden an die Militärbehörde u. s. w.

Das Resultat unserer Untersuchung zeigt uns, daß das Volk außer den Steuern und Abgaben, die im Reichsbudget fungiren, noch folgende in diesem Kapitel zusammengestellte Abgaben zu leisten habe:

Abgabe	Jährlich
Die Landesprästande	41 Mill. Rubel.
Die Städtesteuer	31 „ „
Die Dorfgemeindesteuer	37 „ „
Die Einkünfte von den Gütern und Kapitalien für spezielle Bestimmungen	30 „ „
Post- und Frohngelder	58 „ „
Die Abwillke	30 „ „
Die Blutsteuer	200 „ „

In Summa 427 Mill. Rubel. Diese Summe der „Extra-Ausgaben“ wird Niemand für übertrieben halten, wenn wir daran erinnern, daß wir alle einzelnen Summen überall sehr niedrig gegriffen haben. Außer den materiellen Verlusten haben wir die moralischen und physischen, die durch die Blutsteuer und Kriege verursacht, gar nicht mitgerechnet; sehr viele Abgaben mußten wir ganz unterlassen mitzutheilen, weil wir darüber keine richtigen oder gar keine Angaben finden konnten. Aber lassen wir alles das bei Seite und werfen wir die „Extra-Ausgaben“ von 427 Mill. Rubel mit den Reichsbudget-Ausgaben von 537 Mill. Rubel (im 2. Kap.) zusam-

men, so finden wir, daß die jährlichen Volkssteuern 964 Mill. Rubel (mehr als 2 Milliarden Mark) ausmachen.

Wir müssen noch gesehen, daß wir die „Fortsschritte“ der Volksausbeutung seitens der Regierung nicht genügend gewürdigt haben. Die Motive liegen darin, daß Vieles noch, Dank unserer Regierung, in Dunkel gehüllt ist. Aber soviel haben wir gefunden, daß das russische Volk seit seiner „Emanzipation“ aus dem Sklavenstande sich weit schlimmer befindet als früher und in das Proletariat verfallen. Und das behaupten nicht nur die Sozialisten, sondern auch sehr viele unserer Gegner geben das zu.

(Fortsetzung folgt.)

— Unglücksfälle auf den preussischen Eisenbahnen im Jahre 1876. Nach den statistischen Nachrichten aus dem preussischen Handelsministerium sind für das Jahr 1876 eintausendfünfhundertsechszig Unglücksfälle zu verzeichnen, die sich folgendermaßen vertheilen:

Kategorie	getödtet	verletzt
Reisende	8	45
Bahnbeamte	111	475
Arbeiter	109	302
Post-, Steuer- und Polizeibeamte	—	17
fremde Personen	95	82
Arbeiter bei Nebenbeschäftigungen	6	239
Personen, die den Tod freiwillig suchten	75	11
Zusammen	404	1171

Man sieht, daß die Arbeiter und Bahnbeamten (natürlich die unteren Klassen derselben) das größte Contingent bei der an und für sich großen Zahl von Unglücksfällen stellen.

— Das Wort „Budget“, so schreibt die „Bosische Zeitung“ ist offenbar französischen Ursprungs und hergeleitet von „poche“, namentlich von jenem Verleinerungswort „pochotte“. Das P ist wie bei vielen anderen Worten in ein B übergegangen. In allen Wörterbüchern findet sich bereits der Ausdruck „compte des bourses“ und „boursottes“. In dem Patois von Languebec sind beide Worte „bages“, auch „bagettes“, gleichbedeutend mit „Felleisen, valise“. Durch den Uebergang dieser Worte in die englische Sprache ist, zunächst in Folge der Aussprache, das d eingeschoben worden. Die Worte pochotte, hochette, bougette, bagette finden sich in vielen alten Büchern und Schriften, der Sinn aber des modernen, durch das d etwas englisirten Budget ist durchaus der alte ursprüngliche — Tasche, Geldtasche, Säkel, Staatskädel. — Die amtliche Anwendung dieses Wortes erfolgte in Frankreich zum ersten Male unter dem Consulat im Jahre 1802.

Delitzsch, 17. Februar. Am 10. Februar wurde hier im Bürgergarten des Herrn Keil eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Parteigenosse R. W. aus Leipzig über die Tagesordnung: „Die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer“ referirte. Redner wies nach, daß durch die Besteuerung des Tabaks ein großer Theil der Bevölkerung nun dem Genuß des Tabaks entzogen müsse. Ferner führte Redner aus, daß dadurch ein ganzer Industriezweig den Verfall entgegen gehe und Tausende von braven Arbeitern auf das Straßengpflaster geworfen würden, um das Elend, welches durch die heutige Produktionsweise hervorgerufen würde, noch zu vergrößern. Es wurde folgende Resolution eingebracht und von der Versammlung angenommen: Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit dem Referate einverstanden und protestirt einstimmig gegen die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer, indem durch Annahme dieses Steuerprojekts ein großer Industriezweig, welcher eine halbe Million Menschen beschäftigt, dem Verfall entgegen gebracht wird; ja, es läßt sich mit Bestimmtheit behaupten, daß ein Viertel aller im Tabak beschäftigten Arbeiter der Noth und dem Elend preisgegeben werden. Ferner erklärt sich die Versammlung gegen diese Steuer, weil durch dieselbe das arbeitende Volk in erster Linie hart betroffen werden würde. Die Versammlung ist gegen jede Steuererhöhung, spricht sich aber auf das Allerentschiedenste gegen die indirekten Steuern, welche das arbeitende, ohnedem schwer gedrückte Volk am schwersten treffen, aus. Als einzig richtigen Steuermodus erkennt die Versammlung eine progressive Einkommensteuer. Ferner wünscht die Versammlung die einstimmig angenommene Resolution dem jetzigen Vertreter des Bitterfeld-Deitzscher Kreises, Herrn Thilo, nicht zu überweisen, sondern beauftragt das Bureau, selbige einem sozialistischen Reichstagsabgeordneten zu überfenden.

Leiz, 4. Februar. Sobald unsere Bierbankphilister und Spießbürger in hiesigen Blättern die Ankündigung einer sozialdemokratischen Volksversammlung lesen, pflegen ihnen gewöhnlich die paar Härchen, welche sie noch besitzen, kerkengerade in die Höhe zu steigen. Als nun vergangenen Freitag in den Leizer Zeitungen eine Volksversammlung auf Sonnabend den 2. Februar im „Schützenhause“, einem der größten Lokale unserer Stadt, angezeigt war, worin die Genossen Rbdiger aus Halle und Lange aus Darmen als Referenten auftreten sollten, da drohte für Leiz wieder einmal der „jüngste Tag“ hereinzubrechen. Wie groß war aber der Jubel unserer „Ordnungsfreunde“ und unser Erstaunen, als Sonnabend Nachmittag in der „Leizer Zeitung“ der Pächter des Schützenhauses, Herr Kind, anzeigte, daß die Versammlung „Umstände halber“ nicht stattfinden könne. „Ach was, Kinderei!“ dachten hiesige Genossen, „das kann doch mit dieser Abmeldung nicht stimmen, da Herr Kind einem unserer Genossen schriftlich den Saal zu einer Versammlung versprochen hat.“ Aber als wir Abends eine halbe Stunde vor der angezeigten Versammlung im Schützenhause erschienen, bemerkten wir die nicht gerade hünenhafte Gestalt des Herrn Kind vor der Saalthüre stehen, ängstlich den Eingang bewachend. Auf unsere Frage, warum der Saal zu einer Versammlung nicht freistehen sollte, erwiderte Herr Kind, daß er seiner „anständigen“ Gäste halber, welche alle drei Monate bei ihm ein Glas trinken, keine sozialdemokratische Volksversammlung dulden könne. Ob unsere Gegner glauben, uns mit solchen kindischen Waffen tobtzumachen? Die nächste Reichstagswahl dürfte sie eines Anderen befehlen über die Zweckmäßigkeit dieses Kampfs mit „geistigen Waffen“.

Pausa, 10. Februar. Wir berichteten kürzlich von der Verhaftung des hiesigen Sozialistenressers und Bürgermeisters Müller. Hinter die schattigen Mauern folgte ihm auch der Stadtfassirer. Beide sollen sich über ein circa 5000 Mark betragendes Defizit, welches die städtische Sparkasse aufweist, verantworten. Es wird zwar, wie bei allen Unterschleifen, welche sich betrügerische Beamte zu Schulden kommen lassen, von den Behörden mit aller Dampfkraft gearbeitet, um, wie die Pausa'sche Amtshauptmannschaft den verwaisenen Pausaer Stadtrath zu trösten sucht, die Ordnung in der Verwaltung wieder herzustellen. Doch viele Stadtverordnete und die meisten Bürger und Einwohner sind der Meinung, daß dies leichter gesagt als gethan sei, da der „Karren schon zu tief verfahren ist“. Denn es sind nicht bloß die 5000 Mark, welche eventuell die bemitleidenswerthe

— Ein glücklicher Staat. Der Staat Nevada erfreut sich einer beneidenswerthen finanziellen Lage. Die Einnahmen im Staatskassette übersteigen die Ausgaben so bedeutend, daß der Staats-Controleur die Einberufung einer Extraversammlung der Gesetzgebung beschwor, damit die letztere die Steuerrate von 90 auf 40 C. für 100 Dollar steuerpflichtigen Eigenthums herabsetze, so daß die Steuerzahler 300,000 Dollar weniger zu bezahlen haben.

— Eine interessante Statistik findet sich in der „Neuen Züricher Zeitung“. Diefelbe behandelt die Frage: Auf welchen Flächeninhalt kommt eine Telegraphenstation? und zweitens: Auf wie viele Einwohner? — Von diesen Gesichtspunkten aus ergeben sich folgende Zahlen für die genannten Staaten pro 1876:

Land	Quadrat-Kilometer	Einwohner
in der Schweiz auf	37,0	2,519
„ Belgien „	48,0	8,814
„ Württemberg „	56,0	5,330
„ England „	58,0	6,254
„ Bayern „	81,0	5,377
im Gebiete der deutschen Reichstelegraphen auf	87,0	7,015
in den Niederlanden auf	98,0	11,371
„ Frankreich auf	119,0	8,300
„ Oesterreich (westliche Reichshälfte) auf	128,0	9,260
„ Italien auf	159,0	15,839
„ Dänemark auf	169,0	8,420
„ Oesterreich (östliche Reichshälfte) auf	356,0	17,025
„ Portugal auf	630,0	29,378
„ Schweden „	708,0	6,980
„ Griechenland auf	727,0	21,968
„ Rumänien „	747,0	31,314
„ der Türkei „	831,0	22,522
„ Norwegen „	1,607,0	9,152
„ Spanien „	1,810,0	60,000
„ Rußland „	10,522,0	43,973

Aus dieser Zusammenstellung zeigt sich, daß, während in der Schweiz im Durchschnitt schon für die Bedürfnisse von 2519 Bewohnern, resp. eines Flächeninhalts von 37,0 Quadratkilometer eine Station sorgt, z. B. in Portugal erst für 29,378 Bewohner, resp. für einen Flächeninhalt von 631 Quadratkilometer und in Rußland sogar erst für 43,973 Bewohner resp. für einen Flächeninhalt von 10,522 Quadratkilometer ein Bureau errichtet.

*) Die Herren Obrüstsch und De Litron rechnen 828,000 Mann, und Herr Schwobin (der Redakteur der „Neuen Zeit“) in seinem Kalender sogar noch mehr.

*) Der Bauer muß die bei ihm einquartierten Soldaten auf eigene Rechnung erhalten.

Stadt bezahlen soll — d. h. irgendwo zu diesem Zwecke leihen muß —, sondern die Jahre lang andauernde Wirtschaft, die hauptsächlich unter dem Vortext sozialistischer Sozialistenfresser inszeniert ist, welche die finanzielle Kraft der Stadt in die denkbar schlechteste Lage gebracht hat. Es ist aber dieser Erbgründer allein nicht für alle dem Orte angehängten Unbilden verantwortlich zu machen, vielmehr fällt wohl ein großer Theil derselben auf gewisse Handlungen des Betrügers. — Wir könnten noch Manches erwähnen, doch es mag mit der Bemerkung genügen, daß ein Sozialistenfresser nach dem andern der Schlinge des Staatsanwalts und der Gesetze verfallt, während die von ihnen gemahregelt worden sind, stößt auf sie, die „Waldheimer“, hernieder schauen können. Unsere noch existierenden Sozialistenfresser möchten dieses bedenken und vorsichtig sein.

Schöneck, 17. Februar. Die von uns in Aussicht genommene Volksversammlung konnte, da die Gegner dafür sorgten, daß wir kein Lokal in der Stadt erhielten, erst Sonntag den 10. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Schützenhause abgehalten werden. Genosse Rehlhorn aus Glauchau hatte das Referat über „den deutschen Reichstag und die Sozialdemokratie“ übernommen. Nach der Einleitung kam er auf die bei Eröffnung des Reichstages am 6. Februar verlesene Thronrede, in welcher u. A. die für uns höchst unliebbare Vorklage, von den Gegnern so beworteten, von uns entschieden bekämpften indirekten Steuer, enthalten war. Zuallererst sprach sich Referent gegen die indirekten Steuern überhaupt aus. Ferner tabelte er die ruffenfreundliche Haltung unserer Regierung, die in Zukunft vielleicht noch verhängnisvoller werden könnte als sie es schon sei. Dann besprach er die Haltung der Parteien im Reichstage gegenüber den Sozialdemokraten und erwähnte u. A., daß und warum bei der Abstimmung über den Sitz des Reichsgerichts unsere Vertreter mit für Leipzig gestimmt hätten. Beim Arbeiterjubelgedächtnis er der verschiedenen Phasen, die es durchmachte, um schließlich beim Reichsfinanzamt vergraben zu werden und jetzt mit einigen Abänderungen von Neuem auf den Tisch des hohen Hauses zu erscheinen. — Mit der Aufforderung, unsere „Boatländische Freie Presse“ zu lesen und zu verbreiten, schloß der Redner und es belohnte ihn der stürmische Applaus der trotz der strengen Kälte zahlreich erschienenen Zuhörer. Da sich trotz mehrfacher Aufforderung Niemand zum Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

Saarländische, im Februar. (Arbeiterisiko.) Ueber einen Vorfall, der sich hier vor einiger Zeit zugetragen hat, schweigen sich die hiesigen „liberalen“ Zeitungen gründlich aus; umso mehr ist es Pflicht der Arbeiterpresse, darüber zu berichten. Ein Maurermeister nämlich, der den Kasernenbau übernommen hatte, konnte eines schönen Sonntags abends an 80 Maurer den rückständigen Lohn von 14 Tagen nicht zahlen; er erklärte rundweg, daß er kein Geld habe und daß die Arbeiter ihn nur verlagern sollten. Dieser Rath nützte den Arbeitern freilich sehr wenig, denn der Herr Arbeitgeber lebte mit seiner Frau in getrennten Gütern, und wie das dann gewöhnlich der Fall zu sein pflegt — Alles gehörte der Frau, der man natürlich nichts nehmen konnte. Die Arbeiter waren und blieben die Gepesteten. Wie aber, wenn umgekehrt ein Arbeiter den Herrn Meister nur um 3 Mark betrogen hätte? Die Sache wäre sicherlich nicht so glatt abgelaufen und die heutige Presse hätte sich schier heißer geschrieben ob der Verderbtheit der Arbeiter, an der dann selbstredend die Sozialdemokraten schuld wären. So aber schweigt sie, der Herr Maurermeister ist ja einer der Ihrigen.

Wiesbaden, 12. Februar. Sonntag den 9. Februar tagte hier im Gasthof zum „Bairischen Hof“ eine von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die orientalische Frage“. Herr Jöst als Mainz war Referent und führte derselbe seine Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden zu Ende. Zum Schluß wurde folgende Resolution zur Abstimmung gebracht und angenommen: „Die heute den 9. Februar im Gasthaus zum Bairischen Hof in Wiesbaden tagende und von circa 300 Personen besuchte Volksversammlung protestirt energisch gegen die bisherige ruffenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert dieselbe auf, nicht nur dem Krieg im Orient entgegenzutreten, sondern auch ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, daß baldigst ein die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde.“

Wannheim, 1. Februar. (Zur Centralisationsfrage der Gewerkschaften.) Bevor in dieser Frage ein entscheidender Schritt geschieht, wird es gut sein, noch einmal auf die Nothwendigkeit aufmerksam, sowie einen Vorschlag zu machen, auf welche Art die Centralisation am leichtesten ohne Geldopfer herzustellen sei. Ich werde mich damit aus dem Grunde an den „Vorwärts“, weil er weit verbreitet ist.

Nach dem Hilfslosengesetz kann ein Mitglied von der Krankenkasse nicht mehr ausgeschlossen werden, wenn es zwei Jahre derselben angehört hat, auch wenn es zur Gewerkschaft keine Beiträge mehr zahlt. Es gibt aber sehr viele Gewerkschaftsmitglieder, die bloß der Krankenkasse wegen einer Gewerkschaft beigetreten sind, sich auch höchstens dann in den Mitgliederversammlungen sehen lassen, wenn sie Beiträge bezahlen wollen, was alle vier oder sechs Wochen geschieht. Diese Mitglieder werden die Ersten sein, die nach Verlauf von zwei Jahren der Gewerkschaft den Rücken kehren. Diese sogenannten „Prinziplosen“ müssen wir während dieser zwei Jahre zu denkenden Menschen zu machen suchen, ihnen müssen wir zeigen, welche hohe Aufgabe die Arbeitervereineigung hat. Aber wie ist das möglich? Durch Vorträge etwa? Das geht nicht, weil sie nicht kommen; ferner wird in Preußen beinahe jeder Vortrag innerhalb der Mitgliederversammlungen als politische Thätigkeit betrachtet. Aber durch die Presse ist es möglich! Daß unsere jetzige Gewerkschaftspresse — zum größten Theil — das nicht leisten kann, ist längst bekannt, wir brauchen daher ein wissenschaftlich gehaltenes Organ. Diese Aufgabe kann aber auch das bereits vorgeschlagene Centralorgan nicht erfüllen, weil jede Gewerkschaft zuviel gewerkschaftliche und amtliche Mittheilungen zu machen hat; darum mögen diejenigen Organe, die ihre Aufgabe erfüllen, bestehen bleiben wie bisher; diejenigen aber, welche sie nicht erfüllen könnten, statt wie bisher wöchentlich, alle vierzehn Tage erscheinen, und diejenigen Vereinigungen, die bis jetzt kein eigenes Organ haben, mögen sich, je nach ihrem Branche, eines der letzteren zum Organ wählen. In diesen Blättern können die gewerkschaftlichen Mittheilungen veröffentlicht werden, das Uebrige soll das wissenschaftlich gehaltene „Centralorgan“ besorgen, welches ebenfalls alle vierzehn Tage erscheinen könnte, so daß abwechselnd jede Woche ein Blatt erscheint.

Als Letzteres schloß ich den „Vorwärts“ vor. Die Redaktion würde jedenfalls gerne alle vierzehn Tage eine Nummer, für die Gewerkschaften passend, herstellen, zumal sie auch die Kräfte dazu besitzt. Die Abonnenten würden schon aus Interesse für die Arbeiterbewegung wahrscheinlich nichts dagegen einzuwenden haben, da die Abonnenten welche Gewerkschaftsmitglieder

sind, anstatt zwei Blätter von fast gleichem Inhalt, in der Folge zwei Blätter von verschiedenem Inhalt bekommen würden.

Damit wäre dem Fortschritt gebiet und die Hauptfrage der Centralisation erreicht, und zwar ohne Geldopfer. Ja sogar noch Ersparnisse würden gemacht werden, da bei einem Mehrdruck von ungefähr 20,000 das Exemplar auf höchstens 2 Pf. zu setzen kommen würde, während das Exemplar unserer Gewerkschaftsorgane 3 Pf. kostet. Zum Ueberflus kann noch am Kopie hat „Vorwärts“: „Weder“, Organ der Schuhmacher, „Panier“, Organ der Metallarbeiter u. s. w. gesetzt werden; es hat dann jedes Gewerkschaftsmitglied sein Organ wie bisher, nur mit wesentlich verschiedenem Inhalt.

Ueber die weiteren Centralisationsfragen bitte ich die dritte und vierte Frage (siehe in Nr. 147 des „Vorwärts“ von 1877 den Gewerkschafts-Conferenzbericht von hier) zu beachten und genau zu erwägen. Durch Annahme dieser Fragen würde sich eine Centralisation nach und nach von selbst bilden.

München, 10. Febr. Vor einigen Tagen starb dahier ein armer Universitätsstudent am Hungertypus. Von diesem Todesfalle erhielt man erst privatim Kunde, denn offiziell werden solche Ereignisse nicht an die Öffentlichkeit gebracht, damit die Reichen in ihrer Verdauungsarbeit nicht gestört werden. — Aber deshalb leben wir doch in der besten aller Welten. Nicht wahr?

Bochum, 12. Februar. Seit langer Zeit habe ich Ihnen aus unserer Gegend nichts mitgeteilt, — nicht etwa aus Gleichgültigkeit, sondern einzig und allein weil ich doch nichts Erstrebliches hätte berichten können. Auch heute kann ich Ihnen nur wenig freundliche Nachrichten zukommen lassen, denn überall wohin mein Auge blickt, gewahre ich nur traurige, kummervolle Gesichter. Unser so hochgepriesener Industriekreis, der zugleich die Ehre hat, der bevölkerterte der ganzen Monarchie zu sein, ist in Folge des Darniederliegens der Montanindustrie einer der ärmsten geworden. Die Arbeitslöhne sind dem Camphausen'schen Recepte gemäß darrat herabgeschraubt worden, daß der durchschnittliche Verdienst pro Tag nur noch 2 Mark beträgt. Wie ein Arbeiter mit einem solchen Hungerlohn eine Familie ernähren soll, ist kaum denkbar. Da nun der Arbeiter nichts verdient, muß naturgemäß auch der kleine Geschäftsmann und Handwerker zu Grunde gehen, und in der That kämpfen die Letzteren im vollen Sinne des Wortes den Vergewaltigungskampf um ihre Existenz. Wie mancher brave Handwerker, der sich durch Austerlegung von allerlei Entbehrungen in den besseren Jahren zusammengespart hat, um ein kleines Geschäft anzufangen, muß jetzt seine so sauer erworbenen Ersparnisse den hartenherzigen Bucherern als Beute überlassen. Unter sonst so belebtes Bochum ist jetzt wie ausgestorben, selten oder nie sieht man ein fröhliches Gesicht. Wie kann es aber auch anders sein; der Muth des armen Volkes, das nun schon seit beinahe vier Jahren von Tag zu Tag vergebens auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse gehofft hat, ist gedroschen, denn es sind auch nicht die geringsten Anzeichen vorhanden, daß es bald besser werden könnte. — Unsere Grundbesitzer haben sich geeinigt, die Förderung der Produktion um 10 Prozent zu verringern, um eine Erhöhung der Kohlenpreise zu erzielen, unbekümmert darum, ob die Bergarbeiter dabei hungern müssen. Wir haben hier übrigens auch eine geduldrige Arbeiterbevölkerung, die sich von den Pfaffen in's Schlepptau nehmen läßt. Nur im Norden des Kreises, in Gelsenkirchen, Schalko u., herrscht ein reger Sinn unter den Arbeitern, dort macht der Sozialismus erfreuliche Fortschritte und der durch Hasselmann gegründete Rheinisch-Westfälische Bergarbeiter-Verband zählt dort seine meisten Mitglieder. Auch in den benachbarten Kreisen Essen und Dortmund wächst die sozialdemokratische Partei, und besonders ist es der Letzte, der durch die Agitation des Genossen Kuhl in nicht allzuferner Zeit durch unsere Partei erobert sein dürfte. — Nur in unserem schwarzen Bochum ist es noch dunkel, und hier bedarf es einer angelegentlichsten Agitation, um das Proletariat aus dem Schlafe zu rütteln. Hoffen wir, daß es bald geschehen wird. — n.

Geislingen, 6. Februar. Die „Süddeutsche Volkszeitung“ vom 3. Februar enthält von hiesigem Orte eine Correspondenz, deren wesentlichen Inhalt es sich verlohnt, den Lesern des „Vorwärts“ bekannt zu geben. Es betrifft dies einen Mann, den der hiesige Fabrikant D. Straub unterm 18. Dezember v. J. an seine Arbeiter erlassen hat und der in seiner Art wohl einzig dastehen dürfte. Man höre und staune!

„An meine Arbeiter: Es ist mein Wunsch, daß mit nachstehend verzeichneten Herren nicht mehr geschäftlich verkehrt wird: Knauf, Doktor, Himmel z. Lamm, Fröhlich z. Blode, Schmid, Bierbrauer, Wittich, Kaufmann, Carl Altdorfer, Kaufmann, Franz David Bucheler, Stahl, Metzler, Barth, Metzler, Fischer, Metzler, Marchtaler, Schuster, Huth, Schuster, Schwieger, Glaschner Bäck. Joh. Staudenmaier, Delmüller, J. G. Kimmel, Feuerversicherungs-Agent. Geislingen, den 18. Dezember 1877. D. Straub.“

Entweder hat der Fabrikant Straub bei Bekanntgabe dieses „Wunsches“ seine gesunden Sinne nicht beisammen gehabt, was ihn für das Irrenhaus reif macht, oder aber es beweist dieser „Wunsch“, daß die betreffenden Arbeiter sich in einer sklavensähnlichen Abhängigkeit zu Herrn Straub befinden, was noch weit schlimmer wäre. Das Letztere wird wohl das Zutreffende sein. Man sieht an diesem Beispiel, wie viel noch zu thun ist, um eine Zeit herbeizuführen, wo derartige bodenlose Unverschämtheiten zu den Unmöglichkeiten gehören.

Glauchau, 10. Februar. Heute wurden die Bewohner von Clausthal-Jellerfeld durch den Ruf erschreckt: „Feuer im Bergwerk“. Wir begaben uns zum Schachgebäude der Grube Herzog Georg Wilhelm und erfuhren Folgendes: Heute morgen zwischen 3 und 4 Uhr, als die Arbeiter, welche Nachts gearbeitet, gerade im Begriff waren, die Grube zu verlassen, verspürten selbige einen brenzlischen Geruch, ohne sich dessen Ursache erklären zu können. Als später nachgesehen wurde, fand man, daß in einer Tiefe von etwa 550 Mtr. eine Abbaustelle der Grube auf unerklärliche Weise in Brand gerathen war. Sofort wurde gesucht, der Brandstätte beizukommen, allerdings kein leichtes Unternehmen, da die Zugänge bereits derart mit Rauch angefüllt waren, daß es den suchenden Bergmännern nur sehr schwer und auf Händen und Füßen kriechend gelang, der Brandstätte näher zu kommen. Es wurde nun — da an ein Löschen des Feuers nicht gedacht werden konnte — um dem Feuer weitere Nahrung zu entziehen, alles Holz aus der Nähe entfernt und alle Zugänge verammelt, allerdings mit größter Anstrengung, denn bereits stellte sich bei den betreffenden Arbeitern Uebelkeit ein und mußten sie sich beilen, den Hauptzweig zu erreichen, um nicht dem Ersticken anheimzufallen. Auf diese Weise wurde es möglich, das Feuer auf einen möglichst engen Raum zu beschränken, um es dort ausbrennen zu lassen. An ein Arbeiten auf den Gruben „Herzog Georg Wilhelm“ und „Eleonore“ dürfte in den nächsten Tagen nicht zu denken sein. Menschenleben hat der Unfall glücklicher Weise nicht gekostet.

Conkang, im Februar. Gestatten Sie mir, etwas über den Stand unserer Partei am hiesigen Orte zu berichten. Durch die

Geschäftslosigkeit hat sich die Zahl der Arbeiter am hiesigen Orte sehr vermindert, daher haben wir auch sehr wenig steuernde Mitglieder. An Gegnern fehlt es dagegen nicht, wenn dieselben auch nur hinterm Bürtisch uns bekämpfen, denn halten wir eine Versammlung ab, in der Gegner zugegen sind und man fordert sie auf, ihre Ansicht auszusprechen, so schweigen sie sich tapfer aus. Auch die beiden hiesigen Zeitungen thun ihr Möglichstes, unsere Partei zu bekämpfen, indem sie Alles, was irgend ein liberales Blatt über uns schreibt, abdrucken. Ein Agitator kommt selten zu uns, daher freuten wir uns, als Genosse Lehmann aus Eszingeim anfragte, ob er in einer Versammlung referiren sollte. Es wurde denn auch eine Versammlung auf den 14. Januar anberaumt mit der Tagesordnung: „Die Grund- und Bodenfrage und was wollen die Sozialdemokraten“. Die Versammlung war gut besucht, aber aus irgend einem Grunde war der Referent nicht erschienen. Kurz entschlossen ernannten wir unseren Genossen Belli zum Referenten über: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ und entledigte sich derselbe durch Erläuterung unseres Programms seiner Aufgabe zu aller Zufriedenheit. — Zur besonderen Charakterisirung unserer heutigen Zustände will ich noch der Thatsache erwähnen, daß das hiesige Gefängnis vor Kurzem derart überfüllt war, daß noch spät Abends eine Anzahl Gefangener an die Strafanstalt in Rudolfszell abgegeben werden mußte. A. S.

Briefkasten

der Redaktion. M. in Magdeburg: Das ist ein sehr erklärliches Versehen, wie es überall vorkommen kann, jedenfalls steht in Bezug auf Pünktlichkeit und Bständigkeit unsere Post keiner anderen nach. — Dr. B. G. in Linden: Die betr. Notiz galt Ihnen nicht, wie die verschiedenen Anfangsbuchstaben Ihnen schon zeigen mußten. — G. A. in Apolda: Wenn wir Ihre Correspondenz aufnehmen, wird das Erste sein, daß der pp. Gr. auf's Gerich läuft und uns wegen „Verläumdung“ verklagt. Und dann — sind Sie im Stande, den Beweis der Wahrheit anzutreten? Darüber möchten wir vorerst Gewißheit haben. —

Enttattung. Gräfin Lindenau Ab. 24,50, Kgl. Otmäh Ab. 5,10 und 3,40. Scharde Hannover Ab. 100,00. Schuhmachergew. Hannover Ann. 2,10. J. Hof Dur Ab. 10,27. Wirt hier Ann. 0,60. Thoma Hoffa Ab. 4,50. Ulrich hier Ab. 30,00. Seta Gotha Ab. 50,00. Arb. Verein Rudolfs 2,10. Sir: Posen Ab. 2,40. Wähe Kiel Schr. 8,70. Arbeiterbild. Verein London d. B. Iler Ab. 33,20. Ernie hier Pfigr. 10,00. Gih Reiningen Schr. 0,70. Hhstn Sanarthaufen Schr. 1,50. Wätr Baugen Schr. 0,85. Klnnr Esleben Ab. 1,50. Ums Wittweida Schr. 1,30. Erds Ditzewice Schr. 5,30. Rf Ragrit Schr. 2,00. Hhstn Böhmek Schr. 2,70. Krg Coblenz Schr. 5,00. Stt Halle Schr. 0,60. Gew. d. M. Harn Schr. 1,70. Sprngt Kachen soll heißen Sprngt Oldenburg.

Herr Louis Schler, resp. der Vorstand der Metallarbeiter-Gewerkschaft Genossenschaft wird freundlichst ersucht, die nötigen Unterschriften für 30 Mitglieder umgehend an den Unterzeichneten zu senden.

Haben Sie meinen Brief nicht erhalten? Jos. Dyer, Michaelsstraße 1637, Hildesheim.* * Für Mittwochnummer zu spät eingetroffen.

der Expedition. J. Bescholz Düsseldorf und 2. J. in Königsberg: Betrachten Sie unsere heutige Annonce betr. des Triumph of Order. — Herrhold Ottenen: Ihre Annonce kam für die Mittwochnummer zu spät. — J. D. Ober-Jungelheim: Die Annonce kann aufgenommen werden, wenn Sie den Betrag hierfür mit 3,60 M. und 40 Bg. für Postis einfinden.

Frankfurt a. M. Sozialdemokratischer Wahlverein. Montag, den 25. Febr., Abends 9 Uhr, bei Pfuhl, Zeit 47: (S. 122) (Ab) 180

Generalversammlung.

Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, Abrechnung, Verschiedenes. J. A.: A. Jbsen.

Hannover. Schuhmacher-Gewerkschaft. Sonntag, den 24. Februar, in Winter's Hotel: (S. 159) [2,10

Unterhaltung mit Kränzchen. Anfang 4 Uhr. — Partei, Genossen und Mitglieder ladet freundlichst ein. Das Comité.

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. 40 Jeden Sonnabend, Abends 1/2 9 Uhr, in der Thiemel'schen Brauerei, Tauchaerstr. 12: Versammlung u. Aufnahme neuer Mitgl.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sanerteig in Gotha ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Lieder-Sammlung des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.

I. Liederung. Inhalt: Nr. 1. „Im Wald“, von G. Scholz, Op. 12; Nr. 2. „Arbeitermarsch“, von G. Krenndt.

II. Liederung. Inhalt: Nr. 3. Motto, Wahlspruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von G. Scholz, Op. 13. Nr. 4. Bivot der neue Wein von G. Scholz. Nr. 5. Die Arbeitsmänner von G. Krenndt.

Preis der Liederung: Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 M. Drei Solo-Quartette von G. Scholz, Op. 7. „Rehr wieder!“ Gedicht von H. Geiser; „Die Spinnerin“, Gedicht von Hermann; „Das Blumlein“, Gedicht von A. Geith. Preis: Partitur mit Stimmen 2 Mark.

Sobien ist erschienen:

Triumph of Order

gemalt von E. Vidio.

Darstellend: Die Erschießung von Communisten durch die Berliner Truppen (März 1871) im Kirchhofe Pere la Chaise zu Paris.

Eines der größten und denkwürdigsten Kunstwerke der Neuzeit. Dasselbe ist gegenwärtig in London am Alexander Palace auf kurze Zeit ausgestellt und wird gegen besonderes Eintrittsgeld gezeigt. In Paris war die Anstellung verboten. — Es ist gelungen, Original-Photographien zu folgenden Preisen anfertigen zu lassen: Größere (die Photographie ohne Carton 28 Ctm. breit, 30 Ctm. hoch) im Dubend das Stück M. 3,50, einzeln 5,00; kleinere (20 Ctm. breit, 14 Ctm. hoch) im Dbd. das Stück 1,80, einzeln 2,30. Bei Bestellungen über 6 Dbd. die größeren à Dbd. M. 36,00, die kleineren à Dbd. 20,00 und werden dieselben gegen Einfindung des Betrags portofrei überall hingefandt.

Für Deutschland haben wir den Vertrieb übernommen und liefern zu obigen Preisen gegen baar oder Postvorschuß.

Die Expedition des „Vorwärts“

Verantwortlicher Redacteur: Hermann Heßig in Rudolfs-Beipzig. Redaktion und Expedition: Fährstraße 12, II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.